

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal und Mittwoch
Sonntags (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und
die Briefträger, die Zeitungsboten und die
Geschäftsstelle, Sorgewert 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebs-
störung usw. ersichtlicher Anschlag auf Ver-
änderung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Verkehrs-Anschluß Nr. 24.

Amliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Milli-
meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer-
halb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im
amtlichen Zeit 10 Goldpfennig, im Reklameteil
15 Goldpfennig, einzeln, Umfänglicher, Schwere-
r und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag
vormittag 9 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs
werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsstelle.

Nr. 13.

Mittwoch, den 13. Februar 1924.

27. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der deutsche Botschafter von Keesik ist in Paris von dem
Ministerpräsidenten Poincaré Montag nachmittag empfangen
worden.

* Die Meldung, daß die Regierung auf die Reform des
Nachschlagsrechts verzichtet habe, wird von unterrichteter
Seite als unrichtig bezeichnet.

* Die unterbrochenen Verhandlungen zwischen dem Deutschen
Reich und Polen zum Ausgleich von Meinungsverschiedenheiten
in der Frage der Staatsangehörigkeit sollen wieder aufge-
nommen werden.

* In Thüringen und in Süddeutschland sind die vereinigten
bürgerlichen Parteien, die sozialistisch-kommunistische Mehrheit
bei den Wahlen für Landtag und Bürgerrecht zu befechtigen.

* Die Eintrittskarte des Bremerministers nach Bonn soll
zwei Stunden dauern und sich grundsätzlich mit der Lösung der
europäischen Probleme befassen.

* Über die von der Schweizer Bundesversammlung beab-
sichtigte Ausdehnung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf
54 Stunden soll am 17. Februar eine Volksabstimmung ent-
scheiden.

Lösung der Pfalzfrage in Aussicht.

Frankreich will Annexion für die Sonderländer.

Die britische Regierung hat noch keine endgültige
Antwort auf die neuen französischen Vorschläge
für die Lösung der Frage der Verwaltung der Pfalz er-
teilt. Die Franzosen fordern, wie in London verlautet,
Maßnahmen, um zu verhindern, daß die zurückkehrenden
Beamten und die Bevölkerung gegen ihre separatischen
Interessen Verhetzung üben, mit anderen Worten:
Paris hätte eine Amnestie für notwendig. Daran-
ergerbe sich die Frage, wie eine Garantie gegen Verhetzung-
maßnahmen geschaffen werden könne. Der Gedanke
der Amnestie findet wenig Gegenliebe in England. Von
Paris ist festzuhalten, daß die Pfalzfrage ausgegangen zu sein,
da zu einem Eingetragenen gegen die deutschen Interessen
in der Pfalz nicht führen.

Umstellung des Generalstabes.

Die dem General de Metz unterstellten französischen
Arbeitsleistungen fangen mit dem Wahn an. So hat der
Delegierte von Ludwigshafen ein Verzeichnis der hiesigen
Polizeibeamten gefordert, die ihre Waffen wieder
zurückhergeben sollen. In Karlsruhe und Landau
haben die Separatisten fünfzigweilig ihre Pläne von
den Bezirksämtern heruntergeholt, und man erwartet
ihren Wahnwitz.

Da auch die Kölner Eisenbahnfrage geregelt
scheint, darf man vielleicht jetzt doch auf eine Verbesserung
erträglicher Zustände in der Pfalz hoffen.

„Arbeit, Ordnung und Wille zur Freiheit.“

Siegen, 11. Februar.

Reichsinnenminister Dr. Furrer sprach in einer
Veranstaltung des Hochschulrats deutscher Art hier-
selbst und sagte u. a.: Die Politik der Reichsregierung ist
vollkommen klar. Sie ist sich ihres Weges bewußt. Wir
wissen, als die Beschlagenen müssen wir uns mit unseren
Feinden und namentlich mit Frankreich verhalten.
Wir sind nach wie vor zu dieser Verbindung
bereit und wir sind uns im Klaren, daß diese Verbindung
große Opfer kosten wird. Wir glauben aber, daß
die Verbindung, die von Regierung zu Regierung ge-
führt wird, doch eine Stärkung und Erleichterung bringen
wird. Bei diesen Verhandlungen ist über die Verände-
rung der staatsrechtlichen Formen des besetzten Ge-
bietes nicht die Rede. Solche Verhandlungen unter-
liegen nicht dem Willen unserer Feinde. Unsere Lage ist
verzweifelt und wir müssen uns ihr heraus. Dies kann
aber nur geschehen durch Arbeit, Ordnung und durch
Willen zur Freiheit.

Deutscho-amerikanischer Handelsvertrag.

Gegenseitigkeit und Weißbegünstigung.
Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag, der am
8. Dezember 1923 vom deutschen Botschafter Liebedfeldt
und vom amerikanischen Staatssekretär Hughes unter-
zeichnet worden ist, liegt nunmehr im Wortlaut vor. Ein-
leitend werden in einer Reihe von Artikeln zunächst die
Staatsangehörigkeit, Wohn-, Eigentums- und Bürger-
rechte und ähnliche Fragen ausführlicher als sonst in
Handelsverträgen geregelt. In seinen Hauptteilen ist der

Vertrag ein ausgesprochener Gegenseitigkeits-
und Weißbegünstigungsvertrag, dessen Text
das christliche Bistum beider Parteien erkennen läßt, für
geordnete und umgebundene Handels- und Verkehrsverhält-
nisse zu sorgen.

Eingehend ist weiter im Vertrag das Recht der Kon-
sularbeamten und Konsulatsgerichtsbarkeit geordnet, das
sich im übrigen mit den üblichen Vorkehrungsbestimmungen
deckt. Am Schluß des Vertrages, der auf zehn Jahre
geschlossen ist und eine einjährige Kündigungsfrist vor-
sieht, ist auf die Bestimmungen zur Wiederherstellung
freundschaftlicher Beziehungen ausdrücklich Bezug ge-
nommen.

Sozialistisch-kommunistische Mehrheit in Südbad befeichtigt.

Sieg der vereinigten bürgerlichen Parteien.

Ubed, 11. Februar.

Die gestrigen Bürgerchaftswahlen haben die bisherige
Mehrheit der Sozialdemokraten und der Kommunisten in
der Bürgerchaft gebrochen.

Stimmen erhielten: Gaus- und Grundbesitzer 7551,
Demokraten 6556, Wirtschaftsgemeinschaft (Deutsche Volks-
partei, Zentrum, Bürgerbund und Deutschnationalen) 19.896,
Deutschnationale Partei 5402, Kommunisten 8898, Sozial-
demokraten 25.256. Es erhalten demnach Sitze: Sozial-
demokraten 28, Gaus- und Grundbesitzer 8, Demokraten 7,
Wirtschaftsgemeinschaft 21, Deutschnationale Partei 6, Kom-
munisten 10. Nummer sieben 42 Bürgerliche 38 Sozial-
isten gegenüber. Bisher hatten die Sozialdemokraten und
Kommunisten von 80 Sitzen 45 inne.

Die Sozialdemokraten haben 11 Mandate verloren,
die Demokraten zwei, die Kommunisten gewinnen vier
Sitze, die Grundbesitzer zwei, die Volkslisten, die zum
erstenmal auftraten, erlangen 6 Sitze. Die Wahlbeteiligung
war sehr stark.

Firma „Deutsche Reichsbahn“.

Berlin, 11. Februar.

Im fünfzehner-Ausschuß des Reichstages wurde der Ver-
ordnungsentwurf über die Schaffung eines Unternehmens
„Deutsche Reichsbahn“ beraten. Der Reichsverkehrs-
minister führte zur Begründung aus, daß nach der Mitte-
November eingeleiteten Reorganisation der Finanzwirtschaft des
Reiches grundsätzlich zu prüfen sei, die deutsche Reichsbahn
nicht mehr geteilt werden sollte. Damit werde die
deutsche Reichsbahn tatsächlich in einem auf sich selbst gestellt,
obwohl sie rechtlich betrachtet, noch wie vor unmittelbar ein
Teil der Reichsverwaltung geblieben sei. Den tatsächlichen
Verhältnissen müsse nunmehr die Rechtslage angepaßt werden.
Die Forderung nach Wirtschaftlichkeit, Kredit und Unab-
hängigkeit von den Länderinteressen dränge auf die Er-
füllung des Artikels 92 der Reichsverfassung, wonach die
Reichs-Eisenbahnen „als ein selbständiges wirtschaftliches Unter-
nehmen zu verwalten“ sind.

In der eingehenden Aussprache wurde von der Reichs-
regierung die Zustimmung abgehoben, daß die Reichsver-
ordnung nur eine provisorische Lösung darstellen solle,
und daß spätestens bis 1. April 1924 eine endgültige Ge-
setzesvorlage dem Reichstage vorgelegt oder zur Ver-
einfachung gebracht werde, sofern nicht die politischen Ver-
hältnisse dies unmöglich machen sollten.

Das Schicksal der Steuerordnung

Waldiger Zusammentritt des Reichstages.

n. Berlin, 11. Februar.

Die dritte Steuerreformordnung ist zu einem harten Stein
des Anstoßes zwischen dem fünfzehnerausschuß des Reichs-
tages und der Regierung geworden. Die Regierung glaubt
ihre Vorschläge bis aufs äußerste verteidigen zu müssen, wäh-
rend sämtliche Parteien auf erhebliche Änderungen bestehen.
Von wenig verantwortlicher Stelle wurden schon Beratungen
über eine bevorstehende Auflösung des Reichstages ge-
macht. Derartige Scheitern aber die Regierung überhaupt
nicht in Betracht zu ziehen. Tatsächlich werden die Verhand-
lungen über das Zusammenbringen einer Kompromiß-
formel zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Luther,
dem Reichsinnenminister Gamm und dem Justizminister
Gumbinger einerseits, den Parteiführern andererseits eifrig
fortgesetzt. Einigung war allerdings bis in die heutigen
Wochenenden nicht erzielt.

Inzwischen ist heute der Ausschuss des Reichs-
tages zusammengetreten, um über die Frage des Zusam-
mentritts der Reichsversammlung zu beraten. Die Rege-

rung hatte gewünscht, daß der Reichstag so lange von Sitzun-
gen abstehe, als die beiden Sadowersingenausschüsse der Re-
parationskommission in Berlin tagten. Nachdem das Zweite
Komitee bereits vor einigen Tagen seine Arbeiten beendet hat,
wird auch das Erste Komitee Mitte dieser Woche nach Paris
zurückkehren. Im Einverständnis mit der Regierung dürfte der
Ausschuss die nächste Volltagung des Reichstages auf
Dienstag oder Mittwoch nächster Woche ansetzen, wie es im
Augsburger beht. Gestern wurde bekanntlich schon von einer
Einsparung um 15. Februar gesprochen. An diesem Tage
läuft das Ermächtigungsgesetz ab.

Graf Kautz über die Ernährungslage und die Landwirtschaft.

Wel der „Landwirtschaftlichen Woche“ der Landwirt-
schaftskammer Spreußen sprach Reichsminister Graf
Kautz über die Lage der Landwirtschaft und sagte u. a.:
Wir müssen uns darüber klar sein, daß die heutige Krise
nichts anderes ist als die notwendige Entzweiung, die
kommen mußte. Freilich müssen wir konstatieren, daß die
unvergleichbar große Erleichterung auf dem Ernäh-
rungsgebiete. Die Grundlage für die Ernährung wird
und muß immer wieder die eigene Scholle bleiben. Diese ist
heute in so großer Gefahr, weil die Agrarwirtschaft, in der wir
uns befinden, ein sehr gefährliches Stadium angenommen hat. Die
deutsche Agrarwirtschaft ist aber nur ein Teil der Welt-Agrar-
wirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft leidet darunter besonders
schwer. Es ist unbestritten, daß wir augenblicklich viel zu
niedrige Erzeugerpreise für Getreide und Vieh
haben. Der unerschütterliche Elementartrieb der Landwirt-
schaft, ihre Erzeugnisse vor der Ernte zu veräußern, trotz-
dem ist das Brot gegenüber den Getreide-Erzeugerpreisen
noch zu teuer. Die Reichsregierung ist noch bemüht, auf
den hohen Preis zu drücken. Wir müssen aber umbelegen vier
felle Holzpreise haben, vor allem nach dem Westen, sonst
wird sich dieser Überstand nicht ändern lassen. Die Preis-
spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucher ist noch zu groß,
und die Kaufkraft des Proletariats ist noch zu mangelhaft.
Für die Landwirtschaft kommt noch der große Steuer-
druck hinzu, der nur vorübergehend tragbar ist. Die Reichs-
regierung ist sich dessen klar, daß die für Viehhöfe Steuer-
entlastung werden muß. Die Lohnsteuerkataster wird in der
Nähe; bis dahin muß die Rentenarbeit halten. Eine Er-
fassung der landwirtschaftlichen Substanz ist ein Schlagwort,
und die sogenannte Erhaltung der Substanz ist heute nichts
weiter als die Erhaltung des Betriebskapitals. Es bleibt als
einziger Ausweg der Ausbau des Personalrechts.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Reform des Zivilprozesses.

Der Rechtsausschuß des Reichstages verabschiedete in
zweiter Lesung den Gesetzentwurf zur Vereinfachung des
Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten. An-
genommen wurde eine Entschärfung Dr. Vellis (Zr.),
eine Bestimmung vorzulegen, wonach die Revision ohne
Rücktritt auf den Wert des Streitgegenstandes oder des
Beschwerdegegenstandes zulässig ist, wenn es im öffent-
lichen Interesse liegt, über eine noch nicht grundsätzlich
entschiedene Rechtsfrage eine höchstgerichtliche Entscheidung
herbeizuführen. Im Anschluß hieran wurde ein Antrag
Dr. Radbruch (Zs.) angenommen, der das Verfahren
zur Vereinfachung offener Unrichtigkeiten eines Urteils
regelt.

Zustimmung des Reichstages.

Das amerikanische Staatsdepartement gab in einer
Pressekonferenz die Erklärung ab, daß die deutsche Vor-
schaft in Washington keine Regel der internationalen Höf-
lichkeit bei der Befreiung Mexikos verletzt habe und daß
keine „Flaggenaffäre“ existiere. Die deutsche Vorposten in
Washington demontiert alle Gerichte über einen Widerruf
des Vorkaufers Weidfeldt.

Rücktritt auf Schwerbeschädigte.

Mehrheit wurde das Gericht vertrieben, das Schwer-
beschädigtengelei habe infolge der Bestimmungen der
Personalabbauverordnung seine Stellung für die Behörden
verloren. Dieses Gericht ist unrichtig, im Gegenteil ist
den Behörden ausdrücklich zur Pflicht gemacht worden,
bei der Durchführung des Personalabbau des Bestimm-
ungen des Schwerbeschädigtengesetzes genau zu be-
achten. Alle Behörden sind in der Regel verpflichtet, den
vorgeschriebenen Hundertstel von Schwerbeschädigten
unter ihrem jeweiligen Personalbestande zu beschäftigen.

Kohlenlieferungen auf Reparationskonto.

Aus Düsseldorf wird berichtet, daß in den Verhandlungen der Vertreter des Reichs für bergbaurische Lieferungen mit den Franzosen vorberaubte Lieferungen im Zusammenhange am 25. Februar erneut die Frage der Höhe der Steuern zu besprechen. Es ist auch vereinbart worden, daß die Kohlen, die nach dem Auslande gehen, mit der gleichen Lage belegt werden wie die nach dem unbesetzten Deutschland verlaufenden Kohlen. Die Kohlenlieferungen auf Reparationskonto, die gegenwärtig auf 7% des Metertrages der Bergwerke beschränkt sind, werden vom 1. März ab auf die volle von der Reparationskommission vorgeschlagene Sonnenzahl gebracht.

Berungsliste Sonderbündlerpropaganda.

Zu einer nach Düsseldorf einberufenen Versammlung des Rheinisch-Westfälischen Unabhängigen Reichstages waren nur etwa 700 Personen erschienen. Der Sonderbündlerführer Matthies, der in einer Rede auf die Niederlage der Sozialisten durch die Auflösung der „Vorläufigen Regierung“ in Koblenz hinwies und erneut seine Idee einer interfraktionellen oder neutralen Rhein- und Ruhrstaaten entwickelte, wurde von den anwesenden Kommunisten wiederholt unterbrochen, und die Versammlung verlief im ganzen ziemlich flüchtig.

Wünsche des Mieterbundes.

Der Deutsche Mieterbund hat an den Reichsstatthalter, den Reichsrat, die beteiligten Minister und sämtliche Reichstagsfraktionen folgendes Telegramm gerichtet: „Der Vorstand des Deutschen Mieterbundes warnt in letzter Stunde dringend vor der Erhebung einer Mietsteuer und von Soldmieten. Er fordert unbedingte Aufrechterhaltung und Ausbau des Mietergesetzes, um schwerer Verarmung vorzubeugen.“

Frankreich.

× Poincaré zu den Berliner Sachverständigenarbeiten. In einem offenbar amtlich verfaßten Artikel stellt der „Matin“ die Frage: um was handelt es sich und sagt weiter, es geht erstens um Arbeiten, ob das Programm, das die Sachverständigen ausarbeiten werden, Frankreich gefahrlos werde, ohne etwas von seinen Interessen aufzugeben, nicht mehr das in Frage genommene deutsche Industriegebiet von dem übrigen Deutschland zu trennen, und zweitens festzustellen, ob ein französisches Regime eingerichtet werden könne, das Frankreich Sicherheit gewähre und am Rhein an Stelle der im Versailles Vertrag vorgesehenen Besetzung treten könnte.

Rußland.

× Nylow über Rußlands Politik. In einer großen Rede verteidigte die der Nachfolger Lenins über die Richtlinien der russischen Politik. In den Sowjetrepubliken sei jetzt nur eine Regierung möglich, welche die Grundgesetze der Umgestaltung wahrte, da sie sonst die Unterstützung einer Bevölkerung von 130 Millionen nicht finden könne. Rußlands Beziehungen zu Deutschland hätten sich nach dem Vertrage von Rapallo sehr erfolgreich entwickelt und für beide Teile Nutzen gebracht und würden, wie er hoffe, auch weiterhin ebenso erfolgreich ausgebaut und gefestigt werden. Die Anerkennung der Sowjetunion durch England eröffne die Möglichkeit einer Wendeung in der äußeren Politik anderer Staaten im Sinne einer Verständigung mit den Sowjetrepubliken. Vorläufig sei Rußland gezwungen, völkerrightsche Beziehungen nur mit solchen Staaten zu pflegen, in denen die russischen Interessen genügend gewahrt seien.

Heimatlose Schieber.

Frankreichs belgische Zwitgelingen.

Nicht die uringeborenen Schieberzöglinge der beiden Befreienden Länder sind in Frankreich geraten und geben gewissermaßen zu Felde. Sie stimmen in ihren Ansichten und Zielen noch immer vorzüglich zusammen. Meist, es handelt sich vielmehr um jene pfiffigen Leute, die sich namentlich aus den Randgebieten von Rußland, Galizien usw. rekrutieren und die eine so vorzügliche Witterung für frische Währungen haben. Aus ihren früheren Wohnsitzen strömten sie in beiden Richtungen nach Wien, als dort Inflation und Geldverfall reiche Ärgnis für Ausrunder solcher Katastrophen vere-

Pragen, grasten ab, was zu grasen war und überbedekten nach Vertik zu gegebenen Zeit zu neuer Ernte. Schließlich führte sie die Lame der Zeit und der Franzosen nach Paris, wo reicher Segen blühte. Aber Frankreich ward darob böse, Poincaré unwillig, die Polizei griff zu und schob sie unliebamen Fremde aus dem Osten einfach ab. Die nächste Gelegenheit dazu bot die belgische Grenze. Doch Belgien bedankte sich allergehen, ließ den Zug mit den Ausgewiesenen nicht weiterfahren. Frankreich wollte die Leute nicht zurücknehmen, und so blieben sie heimatisch und mit Ehrennamen wie „Masqueur“ u. dgl. beteiligt in Geld und Zucker an der Grenze liegen. Sogar starke Verbindungen sollen durch die belgische Gendarmen vorgenommen sein.

Schon hieß es, die Deutschen würden so gut sein, ihre Tore dem Vallaft zu öffnen, aber in Berlin begann man sich doch noch und gab diesmal nicht den Patefessel ab, auf den alles abgelenkt wird. Und so fügen die braven Schieber noch jetzt zwischen Baum und Werk und Lager über die Hartbarkeit der Pariser und Brüsseler Regierungen, die zwar ihren heimatischen Kriegsubventionen gewähren, ihnen selbst aber nicht die Möglichkeit geben wollen, die gewöhnlichen „Geschäfte“ zu machen.

Landtagswahlen in Thüringen.

Unter ungemein starker Wahlbeteiligung ist Sonntag über die fünfjährige Zusammenlegung des Thüringer Landtags entschieden worden. Das Resultat war ein überaus starke Niederlage der Sozialdemokratie, welche der jetzigen sozialistischen Mehrheit im Landtage ein Ende bereitet. Wenn auch noch einige kleine Korrekturen das Wahlergebnis durch zurückgeliebene Einzelergebnisse sicher herausstellen können, so war doch Montag nachmittag der Ausgang klar zu überblicken. Man zählte 385 000 Stimmen für den Ordnungsbund, rund 200 000 Sozialdemokratische Stimmen, 155 000 Kommunisten, 78 000 Bäckische, außerdem 5000 Unabhängige und 2000 Wirtschaftsbund. Von den bisherigen 53 Mandaten werden voraussichtlich 25 auf den Ordnungsbund, 5 auf die Sozialdemokraten, 12 auf die Sozialdemokraten und 11 auf die Kommunisten entfallen.

Die Sozialdemokratie hatte im alten Landtag allein 22 Sitze, von denen sie also 10 verliert. Die Kommunisten hatten im bisherigen Landtag sechs und die nichtsozialistischen Parteien 26 Mandate. Die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich etwa 85-90 Prozent.

Anfolge der starken Wahlbeteiligung werden die Mandatszahlen sich im neuen Landtag stark vermindern, da auf 12 000 Wähler ein Abgeordneter entfällt. Nach einer als ziemlich genau anzusehenden Berechnung werden Mandate erhalten: Ordnungsbund 32 Sitze, Bäckische 6 Sitze, Sozialdemokraten 15 Sitze, Kommunisten 12 Sitze.

Lotales und Provinzielles.

Annaburg. Das am Sonntag den 10. Februar vom Arbeiter-Gesang-Verein „Concordia“ zum Besten der Arbeitslosen im Saale des Bürgergartens veranstaltete Wohltätigkeitskonzert, war leider nicht so besetzt, wie man es hätte erwarten können. Die gelungeneren Aufführungen wurden in schöner Weise geboten. Männer- und Frauenchöre waren langweilig. Besonders bei den gemäßigten Chören wirkten die Frauenstimmen in ihrer Fülle wohlwollend. Auch das Singpiel „Singspielchen“ fand allgemeinen Beifall; denn es wurde in flotter Weise erledigt. Die Stimmen der Blumenhändlerin und des Gärtnerburschen wirkten angenehm. Desgleichen waren die Sprechrollen gut besetzt. — Zuletzt muß auch der Wulst gedacht werden, die mit dem Dargebotenen den Abend verschönern half. Hoffentlich ist der folgende Erfolg ein besserer, als der Belud des Saales erwarten läßt.

Annaburg. Die Direktion des Palast-Theaters veranstaltet am Mittwochabend eine Vorstellung für die Erwerbslosen, worauf auch an dieser Stelle aufmerksam gemacht wird.

□ Die 23. Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie, welche nach dem jetzt vorliegenden Plan aus 300 000 Stufen mit 100 000 in fünf Klassen verteilten Gewinnen und einer Prämie von 500 000 Rentenmark. Da auch der höchste Gewinn 500 000 Mark beträgt, kann in einem besonders günstigen Falle eine Million Rentenmark gewonnen werden. Der Einlaßpreis beträgt in jeder Klasse 24 Mark, in allen fünf Klassen 120 Mark für das ganze Los. Es werden wie bisher auch halbe, Viertel- und Achtellose ausgegeben. Der Ziehungstag für die erste Klasse ist der 7. März 1924, für die zweite Klasse der 4. April (Erneuerungsschluß 28. März), für die dritte Klasse der 2. Mai (Erneuerungsschluß 25. April), für die vierte Klasse der 23. Mai (Erneuerungsschluß 16. Mai). Für die fünfte Klasse (Erneuerungsschluß 13. Juni) sind als Ziehungstage der 20., 21., 23., 24., 26., 27., 30. Juni und der 1. bis 4. Juli 1924 bestimmt. Im übrigen bleiben die alten Bestimmungen der Lotterie bestehen.

□ Schnellzugsaufsatz, Abzug und Nachlieferungen werden in den Schnellzügen wieder allgemein, in den Personenzügen dagegen auf Strecken ohne Bahnhöfe verboten. Der Fahrkartenverkauf in den Zügen war fernerzeit im Hinblick auf die schnell wechselnden Geldumrechnungskurse aufgehoben worden.

□ Erhöhung der Bekleidungspreise. Vom 1. Februar ab werden die Bekleidungspreise im Schlafwagenverkehr um 25% des gegenwärtigen Preises erhöht. Sie betragen also ab dem 1. Februar für die erste Wagenklasse 20 Mark, für die zweite 10 Mark und für die dritte 5 Mark. Die Vorkaufspreise betragen 10% des jeweiligen Bekleidungspreises.

□ Eine neue Kälteperiode ist über einen großen Teil von Deutschland herangebrochen. Während bis Ende der vergangenen Woche das Wetter unter dem Einfluß eines vom Westen anrückenden Hochdruckes stand, haben sich die Wetterbedingungen wieder vollkommen geändert. Vom Osten rückt ein sehr starkes Maximum heran, das scharfe östliche und südöstliche Winde und damit sehr tiefe Temperaturen mit sich brachte. Da die milderen Strömungen, die von Westen anzurücken versuchen, sich durchsetzen werden, läßt sich noch nicht sagen. In Berlin sank in der Nacht zum 11. Februar das Thermometer bis auf 9 Grad unter Null. In den Vormittagsstunden des 11. Februar wurden fünf Kältegrade verzeichnet.

□ Schülerfahrkarten bis 250 Kilometer. In letzter Zeit sind die Anträge auf Erneuerung der Entfernungsbeschränkung, bis zu der Schülerfahrkarten zu ermäßigten Preisen ausgegeben werden dürfen und die bisher 150 Kilometer betrug, dringlicher geworden, mit der Begründung, daß vielfach die Unmöglichkeit, auf die die Studierenden angefahren sind, von ihrem Wohnort weiter als 150 Kilometer entfernt sei; da die Schülerfahrkarten wie die Arbeiterfahrkarten dazu bestimmt sind, die Befahrung von Eisenbahnen über die Sonn- und Feiertage zu erleichtern, hat sich Reichsverkehrsminister hier damit einverstanden erklärt, daß nun auch Schülerkarten in Ausnahmefällen mit Genehmigung der Eisenbahndirektion (an die begründete Anträge zu richten sind) auf Entfernungen bis 250 Kilometer ausgegeben werden.

□ Reisepartien. Im Winterbestimmten und insbesondere der Jugend die Anschaffung von Reisepartien der Reichsbahn (wertbeständige Reisezeiten) möglichst zu erleichtern, werden neben den bisherigen Reisepartien über 2 und 5 Mark auch solche über 1 Mark ausgegeben werden, die aus brauner Pappe hergestellt werden.

— Wann soll man mit dem Winteren aufhören? Ein englisches Blatt sagte, daß es auf diese für die Geschäftswelt wichtige Anfrage folgende Antworten aus einem Lokaltreffe erhalten habe: „Man kann mit dem Winteren aufhören, 1. wenn die Bevölkerung aufhört, sich zu vermehren, wenn keine Generationen mehr nachkommen, die nie von euch gehört haben; 2. wenn ihr jeden, der euer Kunde sein könnte, überzeugt habt, daß eure Waren besser und eurer Preise billiger sind als die der anderen Firmen; 3. wenn ihr bemerkt, daß die Leute, die nicht anzeigen, ihre Kontenrechen überflüssig; 4. wenn Leute aufhören, nur durch geschicktes Anzeigen vor euren Augen Vermögen zu machen; 5. wenn ihr bei der Gefährlichkeit und erfolgreichen Geschäftsmännern verfallen habt; 6. wenn jeder-

Die Fähigkeit ist's, was den Menschen glücklich macht, Die erst das Gute schafftend, bald ein Uebel selbst Durch göttlich wirkende Gewalt in Gutes teilt. Drum auf begehnten morgens! Ja, und fändet ihr, Was gelstern ihr gebaut, schon wieder eingestürzt, Amelien gleich nur ficht die Trümmer aufgeräumt! Und neuer Wirt erlangen, Mittel neu erdacht! So werdet ihr, und wenn aus ihren Fugen selbst Die Welt gekloppen in sich selbst zertrümmerte. Sie wieder bauen, einer Ewigkeit zur Lust. Goethe.

Irrungen und Schicksal.

19)

[Nachdruck verboten.]

Etwas wie Hochachtung war in Schmidborns Miene zu lesen, und des jungen Mädchens Hand ergreifend, rief er nun mit gehobener Stimme aus: „Mein liebes Fräulein, dieses Vertrauen rührt mich in tiefster Seele. Und ich kann Ihnen die überaus erfreuliche Mitteilung machen, daß Sie sich in Ihrem brüderlichen Freunde wirklich nicht getäuscht haben!“

„Mein Junge unglücklich? rang es sich von Alberts Lippen. „Sprechen Sie! Herr mit Neht der Werktag soll! Sie allein tragen die Schuld und — und müssen alles auf machen.“

„Doch es in meinen Kräfte hände!“ fuhr Schmidborn fort. „Ich will Ihnen alles erzählen.“

Charlotte nötigte ihn Platz zu nehmen — der Hausherr hatte es verstanden — und umständlich berichtete er, was Necht ihm berichtet hatte, sagte dann auch hinzu, daß er nach Hamburg geschickten habe, und hoffe, sein Brief werde den Ingenieur dort erreichen.

„Niemals!“ höhnte Charlotte laut schluchzend. „Er ist frei! Brevets vor vierzehn Tagen zeitle er nach America ab, in der selben Weisheit, alle Beziehungen zur Heimat als für immer gelöst zu betrachten. Wie konnte er anders handeln, nachdem man ihn so beleidigt und beschimpft hatte!“

„Ich werde nichts unterlassen, ihn wiederzufinden,“ sagte der Fabrikant in größter Betrübnis. „Sein dortiger Aufenthalt wird zu ermitteln sein.“

Von dem alten Albert war mit einem Schläge alles sonst so gern zur Schau getragene Selbstbewußtsein geworden. Vielleicht regte sich in dieser Stunde doch das Vaterberg in ihm, vielleicht war es auch nur die Neue, über eine große Torheit, die er durch sein überlebens Handeln begangen hatte. Mit der Miene eines armen Sünders stand er da. Freucht schimmerten die eben noch so harten Augen und, völlig geknickt, senkte er:

„Das konnte niemand im voraus wissen! — Mein armer, armer Junge!“

„Sie hätten ihn nicht verlossen dürfen, das sagte ich Ihnen schon damals,“ nahm Schmidborn wieder das Wort. „So handelt kein Vater, der seinen Sohn lieb hat. — Es ist gelassen. — Walter, Gott, wir bünten unsere Schuld an dem edlen Menschen einmal tilgen! Und Sie, verehrtes Fräulein Meersdorf, sollen uns beistehen, es so tun. Ich werde alles versuchen, seine Spur zu ermitteln.“

Da schauten ihre tränenreichen Augen den gültigen alten Herrn voll heiliger Dankbarkeit an, und sie wußte, daß sie sich auf diesen Mann verlassen konnte. Ein Hoffnungsstrahl fiel in ihre Seele. Ah, daß der Herrgott ihre Gebete erhören möchte!

Der Fabrikant hatte sich verabschiedet, falls und verächtlich von Albert, väterlich lebenswürdig von Kottchen.

Auch sie war gegangene, ohne ein wärmeres persönliches Wort für Otel Konstantin. — Ganz allein befand er sich jetzt in seinem Arbeitszimmer. Mit grauen, unfreundlichen Augen schaute die Dämmerung durch die schwarzen Fenstervorhänge. Weitergewölbt domierte sich am Himmel auf, und in der Ferne grollte der Donner. So vereinfacht wie an diesem Abend hatte der Ehrenmann Albert sich in seinem langen Leben noch nicht gefühlt. Ein einzigfaches Grauen durchdriftete seinen Körper. Es ward ihm unheimlich in dem Raum, und aus dem Raufen der vom Wind bewegten Blätter dort draußen glaubte er laute anfangende Stimmen zu hören. Alle Welt würde es erfahren, wie er an jenem Sohn gehandelt hatte. Wie Völkchen und Schmidborn ihn verdammen, läten es auch wohl die anderen. Und der Sohn dachte im fernen Lande mit Groll an seinen Vater. Einmal verlassen! Ja, er hatte Unrecht getan. Unglück würde über sein Haus hereinbrechen und es erlöthern bis in die Grundfesten. Rein Segen ruhe mehr auf jenem Tun. Alles löst sich, was er unternahm, alles gestaltete sich anders, als er erwartete. Da diese trüben Ahnungen sich dort nur verdrängen stießen! In wenigen Tagen mühe es sich entscheiden, ob er sich bei der neuen großen Spekulation nicht ebenfalls verdrängt hätte. Was dann werden würde, — ob, daran mochte er nicht denken.

Kottchen lag in ihrer Stube und schaute mit starren Blicken in das drohend heraufziehende Wetter. Schwefelgelb leuchtete der Himmel und ein majestätischer Schein lag über dem Laub der sturmzerwühlten Bäume, seine grüne Farbe merkwürdig verliessen.

Grelle Blitze durchzuden das schwarze Wolkenmeer; wie Gottes zitternde Stimme tönte des Donners dumpfes

man ein solcher Gewohnheitsmensch geworden ist, daß er ganz gewiß dieses Jahr am gleichen Ort wie letztes Jahr faulen wird; 7. wenn seine jüngeren und frischen Anwandlungen mehr aufstehen und die Zerknungen gebrauchen, um der Welt zu verfallen, dann vorläufiger bei ihnen als bei euch laue.“ Mit andern Worten: man soll nie mit dem Jüngerer aufhören, vor allem aber nicht in einer Zeit, in der die Nothwendigkeit, eine planmäßige Rettung zu betreiben, größer ist als je zuvor.

Annaburg. Am 15. Februar tritt auf der Straße Wittenberg—Faltenberg eine Fahrplanänderung in Kraft. Der Personenzug 679 verkehrt etwas zeitiger als bisher. Zurzeit geht genannter Zug in Wittenberg 5.08 nachm. ab und trifft um 6.11 in Faltenberg ein. Vom 15. Februar verkehrt er nach folgendem Plan:

| | |
|--------------------|-------------|
| ab Wittenberg | 4.33 nachm. |
| ab Brühlitz | 4.53 nachm. |
| ab Elster (Elbe) | 5.12 nachm. |
| ab Jessen (Elster) | 5.24 nachm. |
| ab Annaburg | 5.37 nachm. |
| an Faltenberg | 6.05 nachm. |

Mglens, 6. Febr. Die furchtbare Mordtat, der im November vergangenen Jahres der Häusler und Maurer W. Lorenz und seine Tochter Martha zum Opfer fielen, fand gestern vor der Strafkommission in Torgau ihre gerechte Sühne. Wir haben i. J. über den Verlaufs der einflussreichen Tat, die der Sohn des Bruder der Ermordeten Kurt aus Jagbyr und Weisitz des noch jugendlichen Wills Saalbach aus Liebenwerda beging, eingehend berichtet. Die damals gegebene Darstellung wurde in der geistigen Verhandlung voll und ganz bekräftigt. Ein trauriges Bild sittlicher Verkommenheit und Noth trieb die Verhandlung auf. Ohne jede Reue beantwortete sie die gestellten Fragen. Aus den Verhandlungen ergab sich folgendes Bild der Tat, das im ganzen und großen den früher Zeit gegebenen Schilderungen entspricht: Lorenz hatte sich Saalbach zum 6. November zu einem Besuche in seinem Vaterhause eingeladen, um seinem Vater und seiner Schwester zu besichtigen. Der Plan war schon früher zwischen beiden abgemacht. Saalbach sollte als Stellvertreter auftreten und mit dem Vater Lorenz verhandeln, das übrige wollte Lorenz besorgen. Als Saalbach eintraf, war der Vater Lorenz nicht zu Hause, nur die über 80 Jahre alte Großmutter und die Schwester Martha. Lorenz forderte nun Martha auf, in den Stall zu gehen und Röhre zu melken. Nach einiger Zeit folgten beide dem Mädchen. Lorenz ergiff ein bereits von ihm bereitgestelltes Weill und schlug die Schwester auf den Kopf. Befinnungslos stürzte das Mädchen zur Erde. Als nun Saalbach darauf aufmerksam machte, daß sie lebe, forderte er Lorenz auf, noch einmal zuzuschlagen. Dieser nahm auch das Weill und schlug nochmals auf den Kopf seiner Schwester, sodas sie eine lauffähige Wunde quer durch das Gesicht erhielt. Saalbach sollte ihr, wenn sie noch Leben zeigte, die Luft abdrücken. Als die Schwester, am Boden liegend, noch einmal röchelte, mußte Lorenz laut lachen. Nimmher sagten beide, Saalbach hatte bisher aufgepaßt, talblütig die Martha Lorenz und schleppen sie in die Jauchengrube, in der sie verentet wurde. Nimmher verließen sie den Hof, um sich am Doriausgang zu erholen und Zigaretten zu rauchen. Nach einiger Zeit gingen sie, wieder an den Schauplatz ihres Verbrochens zurück und trafen den Vater zu Hause. Während nun Saalbach mit dem Vater Lorenz in Vermittlungsverhandlungen eintrat, holte der Sohn ein Wädherrholz und verzeigte dem Vater einen wichtigen Schlag auf den Kopf, sodas er bewußlos zusammenbrach. Da der Vater noch Leben zeigte, schlug Lorenz mehrere Male auf den Kopf des Waters. Um nun ganz sicher zu gehen, holte er einen Nemen, diesen legte Saalbach um den Hals des Opfers und schnürte sie ihn so fest, daß ein Nemen nun nicht mehr möglich war. Dieser schleppten sie die Leiche in den Garten und verscharrten sie hier unter Kartoffelkraut. Saalbach erhielt nun mehrere Kleidungsstücke, die Stiefel und auch einen Teil des

Geldes des Toten, er entfernte sich hierauf. Lorenz besetzte die Spuren des Mordes und fuhr Sand auf den Hof, um die Schleiße und Hüllspuren zu verdecken. Nach einiger Zeit, verließen sie, die Leiche der Schwester aus der Jauchengrube zu nehmen, um sie zu verscharren, konnten diesen Plan aber nicht zur Ausführung bringen. Auf Fragen der Großmutter teilte er dieser mit, daß der Vater und die Schwester nach Leipzig verreist seien und bald wiederkämen. Der Sohn versuchte nun alles Mögliche zu Geld zu machen und verstellte sich hierdurch die Verdachtsmomente gegen ihn, durch die verjüngte Einbildung von Schicksal bei der Sparrasse in Liebenwerda kam bekanntlich die Sache heraus. Als Grund zur Vornahme der schauerlichsten Tat gab er, an sein Vater habe ihn immer schlecht behandelt, ihn auch Gefängnisbruder genannt und ihm die Tür gewiesen, ebenso hätte auch seine Schwester geschimpft. Nach dem ärztlichen Gutachten der Sachverständigen ist die Schwester noch lebend in die Jauchengrube geworfen und hier Ertrunken. Die erstenen Beilagerungen seien nicht tödlich gewesen. Bei dem Vater sei auch der Tod durch Erdbeben mit dem Nemen verursacht, wenn schon durch die Schläge ein Schdelbruch eingetreten war. Die Verantwortlichkeit der Täter ist voll zu bejahen. Der Gerechtigkeit ist Sühne geschehen. Lorenz wurde zweimal zum Tode und Saalbach, weil noch jugendlich — noch 8 Wochen an seinem 18. Geburtstag —, zu den höchsten Strafen von zweimal 10 Jahren Gefängnis, die in die Höchststrafe von 10 Jahren Gefängnis umgewandelt wurden, verurteilt.

Sennewitz 6. Halle, 8. Febr. Hier machte eine Witwe ihrem Leben ein Ende, indem sie sich mit Petroleum begoß und dieses anzündete. Es es noch bemerkt wurde, stand die Unglückliche in hellen Flammen. Sie starb in der hellestigen Allmit großer Schmerzen.

Beruburg, 8. Febr. In der Sodafabrik der Solowaywerke sind beim Reinigen des Hefengabens die Arbeiter Keitel und Voigt durch die Einatmung giftiger Gase tödlich verunglückt.

Baderleben, 9. Febr. Ein Schloßstoppelblatt, das zusammen 928 Jahre zählt, hat sich hier zusammengefunden. Die Spieler sind 91, 90, 79 und 68 Jahre alt.

Grona. Wie das Schicksal mitunter die Gesichte der Menschen bestimmt, zeigte sich hier bei dem Tode des Niemannschen Ehepaars. Zuerst starb die Ehefrau und einen Tag später der Mann. Es konnte dann so eingerichtet werden, daß beide an einem Tage beerdigt und auf den Gottesacker nebeneinander beisetzt werden konnten. Die Eheleute waren Altersgenossen, wurden zusammen konfirmiert, fanden sich dann vor dem Altar zusammen und nahmen aus diesem Leben kurz hintereinander Abschied. Beide haben ein Alter von 62 Jahren erreicht.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Todesurteil gegen drei Mörder. Das Volksgesicht in Hürtz verurteilte die Angeklagten Gutmann, Sabiner und W. e. n. a. h. e. r. e., die den Wechmiller-Kremer und den Kaufmann Leonhard W., beide aus Wittenberg kommend, im September vorigen Jahres nach einem vorher aufgestellten Plan ermordet hatten, zweimal zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Die Täter hatten die Leichen beerdigt und in mit Eisen beschwerten Säcken in die Weizel verpackt. Weizenbacher soll zu bedingter Begnadigung empfohlen werden.

Nach und Fern.

○ 800 deutsche Kinder nach Deutschserbien. Aber 800 Kinder führen Montag aus Deutschland als Gäste der niederösterreichischen Landesregierung nach Wien, um von dort aus auf zahlreiche kleine Drie verteilt zu werden; voraussichtlich werden sie etwa drei Monate dort bleiben.

○ Dampferunfälle. Nach einer Meldung aus Konstantinopel ist der der deutschen Levanteküste gehörige Dampfer „Bosphorus“ bei San Stefano Wollt auf einer Sandbank gestrandet. Das Schiff befindet sich in guter Lage. — Der

von Hamburg nach England abgegangene Dampfer „Bernhard Altmendal“ stieß auf der Linde mit dem nach Westafrika ausgehenden Dampfer „Winfried“ zusammen. Der erkrankene Dampfer mußte in schwer beschädigtem Zustande mit Hilfe von Pumpendampfern nach Hamburg zurückgeschleppt werden. Der Dampfer „Winfried“ setzte seine Reise fort.

○ „Vornehme“ Schmuggler im Gulstheimer Bändchen. Nach stichförmigen Väterermeldungen wurde im Gulstheimer Bändchen, dem an die Verfassungsworte gefallenen Geisteszeit Preussisch-Schlesiens, wegen Großschmuggels von Tabak und Spiritus eine Anzahl hervorragender stichförmiger Persönlichkeiten verhaftet, darunter der Regierungskommissar einer Gulstheimer Gemeinde, ein Landdirektor, ein Großkaufmann und ein Bandenführer. Im ganzen sind in die Angelegenheit dreißig Personen verwickelt.

○ Wenn der Vater mit dem Sohne. . . Bei einem Vorsturz mit seinem 16jährigen Sohne erhielt, wie aus London gemeldet wird, Harry West aus Rochester in kurz einen Stoß an den Unterleib, an dessen Folgen er fast darauf im Krankenhaus starb. Voraus man erfährt, daß das Vorgehen sich als Familienunterbildung nicht recht eignet.

○ Aus Simbirsk wird Leninsk. Die bolschewistischen Gouvernementsbehörden in Simbirsk, der Geburtsstadt Lenins, beschloßen, die Stadt Simbirsk in Leninsk umzubenennen.

○ Eine amerikanische Filmschauspielerin ermordet. In New York fand man die junge, schöne Filmschauspielerin Louise Sanford in ihrer Wohnung ermordet vor. Die Mörder hatten die Schloßschloßschloß in den Wirtshausen angeordnet und furchtbar ausgerastet. Im Hause der Dame vertrieben zahlreiche hohe Persönlichkeiten, darunter der Landdirektor Dast und andere bekannte Millionäre. Dast ist verhaftet worden, und man glaubt, daß sich der Fall zu einer großen Skandalaffäre ausweiten wird.

○ Winter im Orient. Auch im Orient gab es in den letzten Tagen Erscheinungen eines geradezu nordischen Winters. So sind Gewitter- und Schneestürme über ganz Indien niedergegangen. Zwei Tage lang waren alle Telegraphenverbindungen mit Ägypten unterbrochen. Zwischen Wien und Samarkand mußten die Züge drei Tage auf der Erde liegen bleiben, da die Gleise verberbt waren.

○ Schluß den Schimpansen! Der Generalgouverneur von Französisch-Westafrika hat den Franz, das Taten, den Kauf und den Verkauf sowie die Ausfuhr von Schimpansen für das ganze Gebiet der Kolonie verboten. Als Grund wird angegeben, daß die große Nachfrage nach dieser Menschenaffenart zum Zwecke der Drogenüberpflanzung und ähnlicher Verbrechen die Zahl der Schimpansen bereits erheblich vermindert habe. (Es mag hierbei erwähnt werden, daß der Berliner Zoologische Garten vor einigen Tagen einen jungen Schimpansen erworben hat.)

— Friedensschluß der Kräfte. Seit dem Kräfte sind die englischen Kräfte in England, und im Wege der Verlegung englische Kräfte auf den französischen Schienen nicht zugelassen. Auch dieser Kriegszustand wird jetzt wohl bald ein Ende finden. Die Kräfte des englischen Kräfte-Verbandes, Albert Boyce und Monte Walsh, treffen am 15. Februar in Berlin ein, um Verhandlungen mit der Kräfte-Logo über Beilegung dieser Angelegenheit aufzunehmen. Man hält eine schnelle Auslösung für sicher, so daß der deutsch-englische Kräfte-Austausch bald beginnen dürfte.

— Der Restaurateur als Kunstsammler. Das bekannte Gemälde von Franz Hals „Der Mann mit der Mandoline“ wurde für die Summe von 5 500 000 Frank an einen reichen Chicagoer Geschäftsmann verkauft, der Zuhaber von 150 Restaurationen und Besitzer einer der wertvollsten Kunstsammlungen von Amerika ist. Das Bild wurde vor drei Wochen von Edmund Bell-Byrd aus Paris gekauft und gehörte zu der berühmten Sammlung Capello in Amsterdam.

— Die Abrechnung des schätzten Geschlechtes. Der Franzosenbericht über das Gebiet gegenwärtig achtzehn Millionen, darunter vier Millionen in Rußland, zweihunderttausend in Deutschland, je zwei Millionen in England und Frankreich, eine in Italien, eine halbe Million in Österreich.

Mollen. Da fallen die des einsamen Mädchens Hände zu stillen Gebet, und sein gläubiges, kindlich frommes Herz ergoß sich in den Willen des ewigen Lenkers der Menschengeschichte.

So, sie konnte nur beten für den Fernen, Unglücklichen. Und das wollte sie unablässig tun. Eine süße Ruhe kam allmählich über sie. Des Sürmes Wüten in ihrem Innern hatte ausgesetzt. Geduldig barren, nicht verzweifeln und verzagen! Wie nach Weltvernaht der goldene Morgen von neuem lachte, so mühte auch ihr die Sonne einmal wieder strahlen.

6. Kapitel.

Welches Herbstlaub rieselte von den Bäumen Entfallen, das alle Sommerluft, und über der Villa des reichen Fabrikanten Schmidtdorn ruhten des Todes finstere Schatten. Der schwarze Fiesel, dem auch der mächtigste nicht zu trotzen vermochte, lauerte an der Tür, begehrte gebieterisch Einlaß, und ließ sich von niemandem abweisen. Nicht des lebenden Hausbesitzer Leben forderte er, sondern ein junges, hübsches, das noch vor wenigen Tagen in bräunlicher Schönheit erststrahlte: Viane lag an einer schweren Grippe hoffnungslos darnieder. Nach dem großen Kaffeehaus an vergangenen Sonntag, auf dem sie an der Seite ihres Verlobten wie eine Königin im funkelnden Brillantschmuck geblüht und allgemein bewundert worden war, hatte sie sich auf der Heimfahrt eine Erkältung zugezogen, die sich zu bebenlicher Krankheit verschlimmern sollte. Und in vier Wochen gedachte man Hochzeit zu feiern. Im großen Wohngemach war die Familie in banger Sorge versammelt; auch der Bräutigam fehlte nicht. Nur das Ticken des Regulators unterbrach das laßende Schweigen. Mit erlöschenden Augen blickte die verzweifelte Mutter ins Meer, kaum fähig, zu

denken, und der Gatte hatte kein Wort des Trostes für sie. Sein krankes Herz schrie sich nach Ruhe und fand sie nirgend. Ach, wie es dann immer nagte und fraß, wie das schmerzte in der wundten Brust! Kaum war der Sohn ihm wiedergekehrt worden nach schüchternen Wochen des Stichtums, da traf ihn dieser neue Schlag. Seit Alberts Entlassung schien alles Erregnis von ihm weichen zu sein. Verluste im Geschäft, Sorgen über Sorgen verfolgten ihn. Alle Bemühungen, etwas über den Ingenieurbereich zu bringen, blieben bisher erfolglos. Das peinigte sein Gewissen und machte aus Herber, der vor vierzehn Tagen ins Elternhaus zurückgekehrt war, zu einem unruhigen, keines rechten Lebensgenusses mehr fähigen Menschen. Und nun dieses neue Furchtbares, das da unmittelbar bevorstand! Der Bräutigam allein gab die Hoffnung noch nicht vollends auf, doch eine Besserung eintreten könnte. Er liebte dieses schöne Mädchen lebensfähig und Planes Reichtum besah etwas gar so Verdienstes für ihn, den mittellosen Welkman aus allem Geschlecht.

Frau Schmidtdorn erhob sich jetzt leise, verließ wortlos das Zimmer, um einen Blick in der Kranken Schlafgemach zu werfen. Viane hatte ganz allein zu sein verlangt, da die Gegenwart anderer sie ängstigte und ihr den Schlummer raubte. Nur ob sie schliefte, wollte die angestrichelte Mutter feststellen. Mit weitgeschlossenen Augen, in denen ein überirdisches Feuer glimmte, lag Viane in den weißen, weichen, Linnen.

„Ist er immer noch nicht gekommen?“, fragte sie mit fieberglühender Stimme. Oh, ruft ihn zu mir; ich muß Hühner nehmen, denn der Morgen mit den schwarzen Möwen steht ja schon draußen! — Werner! soll kommen! — Wir alle haben ihn betrogen! — Seine Küsse brennen wie

Feuersgluten. Mutter, Mutter, sie verbrennen mich! — Er meinte es so treu mit mir, ist viel besser als Adam, der mein Geld mehr liebt als mein Herz. — Wenn er nun to ist, so werde ich ihm in der Ewigkeit begegnen und — und dann ist keine Verzeihung mehr möglich! Was wollen alle fremden Geschäpfer von mir? — Mutter, Mutter!“

Dann brach sie jäh ab. Nur ein schwaches Stimmeln kam noch über die weißen Lippen. Die letzte Lebenskraft schien gebrochen. Aus dem Nebenzimmer trat die Kranken-schwester herein und wollte die Stimmelschläge erneuern.

„Gnädige Frau“, flüsterte sie, als sie einen Blick auf das plötzlich sich veränderte Antlitz der Patientin geworfen hatte, „es ist zuweilen. — Sie stirbt — sie hat ausgellt.“

Frau Schmidtdorn brach ohnmächtig zusammen und hörte ihres Kindes letzten Seufzen nicht mehr.

Vater, Bruder und Beibeter erschienen im Sterbezimmer. Sie sahen das Schreckliche, das sie nicht fassen konnten, mit eigenen Augen, mußten sich fügen in den unerforschlichen Willen des ewigen Lenkers der Menschengeschichte. — Das war der schwärze Tag, der über die Malvolilla jemals hereinbrach. Und draußen lagte der Sturm in den Wipfeln der Bäume. Die letzten weißen Blätter trieb er über die Steige des Gartens. Dunkelnes Gemüll zog an Himmel dahin. Ein Seufzen, ein Jamern ging durch die Natur.

Fortsetzung folgt.

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal und Mittwoch
Sonntags (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und
die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die
Geschäftsstellen, Sorgw. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebs-
störung usw. ersicht jeder Anspand auf Ver-
längerung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Verkehrs-Anschluss Nr. 24.

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Milli-
meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer-
halb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im
amtlichen Zeit 10 Goldpfennig, im Reklametele
15 Goldpfennig, einseitig, umlaufender, Schmierer
und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag und Freitag
vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs
werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezahle.

Nr. 13.

Mittwoch, den 13. Februar 1924.

27. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der deutsche Botschafter von Koch ist in Paris von dem
Ministerpräsidenten Poincaré Montag nachmittag empfangen
worden.

* Die Meldung, daß die Regierung auf die Reform des
Rechtsgenossenschaftsrecht verzichtet habe, wird von unterrichteter
Seite als unrichtig bezeichnet.

* Die unterbrochenen Verhandlungen zwischen dem Deutschen
Reich und Polen zum Ausgleich von Meinungsverschiedenheiten
in der Frage der Staatsangehörigkeit sollen wieder aufge-
nommen werden.

* In Thüringen und in Süddeutschland ist es den vereinigten
bürgerlichen Parteien, die sozialistisch-kommunistische Mehrheit
bei den Wahlen für Landtag und Bürgererschaft zu bestreiten.

* Die Eintrittskarte des Bremerministers Nachodan soll
zwei Stunden dauern und sich grundsätzlich mit der Lösung der
europäischen Probleme befassen.

* Über die von der Schweizer Bundesversammlung beab-
sichtigte Auslösung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf
54 Stunden soll am 17. Februar eine Volksabstimmung ent-
scheiden.

Lösung der Pfalzfrage in Aussicht.

Frankreich will Annexion für die Sonderländer.
Die britische Regierung hat noch keine endgültige
Antwort auf die neuen französischen Vorschläge
für die Lösung der Frage der Verwaltung der Pfalz er-
teilt. Die Franzosen fordern, wie in London bekannt,
Maßnahmen, um zu verhindern, daß die zurückkehrenden
Beamten und die Bevölkerung gegen ihre separatischen
Unterdrückung begehen, mit anderen Worten:
Paris halte eine Annexion für notwendig. Daraus
ergebe sich die Frage, wie eine Garantie gegen Verleumdung
Maßnahmen geschaffen werden könne. Der Gedanke
der Annexion findet wenig Gegenliebe in England. Von
Paris ist jedoch eine Erklärung ausgegangen zu sein, die
zu einem Einigen entgegenkommen gegen die deutschen Interessen
in der Pfalz führt.

Umstellung des Generals de Metz.

Die dem General de Metz unterstellten französischen
Freiwilligenbrigaden fangen mit dem Wahn an. So hat der
Delegierte der Kundgebung ein Verzeichnis der hiesigen
Freiwilligen erbeten, die ihre Waffen wieder
zurückgeben sollen. Zu Kaiserlautern und Landau
haben die Separatisten fälschlicherweise ihre Fahnen von
den Bezirksleitern herübergeholt, und man erwartet
ihren Abmarsch.

Da auch die Kölner Eisenbahnfrage geregelt
scheint, darf man vielleicht jetzt doch auf eine Arbeitsfüh-
rung erträglicher Zustände in der Pfalz hoffen.

„Arbeit, Ordnung und Wille zur Freiheit.“

Siegen, 11. Februar.
Reichsinnenminister Dr. Furrer sprach in einer
Veranstaltung des Hochschulrats deutscher Art hier-
selbst und sagte u. a.: Die Politik der Reichsregierung ist
vollkommen klar. Sie ist sich ihres Weges bewußt. Wir
wissen, als die Beschlagenen müssen wir uns mit unseren
Feinden und namentlich mit Frankreich verhandeln.
Wir sind nach wie vor zu dieser Verhandlung
bereit und wir sind uns im Klaren, daß diese Verhandlung
große Opfer kosten wird. Wir glauben aber, daß
die Verhandlung, die von Regierung zu Regierung ge-
führt wird, doch eine Klärung und Erleichterung bringen
wird. Bei diesen Verhandlungen ist über die Verände-
rung der staatsrechtlichen Formen des besetzten Ge-
bietes nicht die Rede. Solche Verhandlungen unter-
liegen nicht dem Willen unserer Feinde. Unsere Lage ist
bezworfen und wir müssen uns ihr heraus. Dies kann
aber nur geschehen durch Arbeit, Ordnung und durch
Willen zur Freiheit.

Deusch-amerikanischer Handelsvertrag.

Gegenseitigkeit und Weißbegünstigung.
Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag, der am
8. Dezember 1923 vom deutschen Botschafter Liebederfeldt
und vom amerikanischen Staatssekretär Hughes unter-
zeichnet worden ist, legt nicht nur im Vorlauf der Ein-
seitigkeit werden in einer Reihe von Artikeln zunächst die
Staatsangehörigkeit, Wohn-, Eigentums- und Bürger-
rechte und ähnliche Fragen ausführlicher als sonst in
Handelsverträgen geregelt. In seinen Hauptteilen ist der

Vertrag ein ausgesprochener Gegenseitigkeits-
und Weißbegünstigungsvertrag, dessen Text
das eheliche Verfahren beider Parteien erkennen läßt, für
geordnete und ungeordnete Handels- und Verkehrsverhält-
nisse zu sorgen.

Eingehen ist weiter im Vertrag das Recht der Kon-
sularbeamten und Konsulatsgerichtsbarkeit geordnet, das
sich im übrigen mit den abläufigen Vorkriegsbestimmungen
deckt. Am Schluß des Vertrages, der auf zehn Jahre
geschlossen ist und eine einjährige Kündigungsfrist vor-
sieht, ist auf die Bestimmungen zur Wiederherstellung
freundschaftlicher Beziehungen ausdrücklich Bezug ge-
nommen.

Sozialistisch-kommunistische Mehrheit in Südbesetzung.

Sieg der vereinigten bürgerlichen Parteien.
Lübeck, 11. Februar.

Die gestrigen Bürgerchaftswahlen haben die bisherige
Mehrheit der Sozialdemokraten und der Kommunisten in der
Bürgerchaft gebrochen.

Stimmen erhielten: Sozial- und Grundbesitzer 7851,
Demokraten 6356, Wirtschaftsgemeinschaft (Deutsche Reichs-
partei, Zentrum, Bürgerbund und Deutschnationale) 19.506,
Deutschnationale Partei 5402, Kommunisten 8898, Sozial-
demokraten 25.256. Es erhalten demnach Sitze: Sozial-
demokraten 28, Sozial- und Grundbesitzer 8, Demokraten 7,
Wirtschaftsgemeinschaft 21, Deutschnationale Partei 6, Kom-
munisten 10. Nummer sieben 42 Bürgerliche 38 Sozial-
isten gegenüber. Bisher hatten die Sozialdemokraten und
Kommunisten von 80 Sitzen 45 inne.

Die Sozialdemokraten haben 11 Mandate verloren,
die Demokraten zwei, die Kommunisten gewinnen vier
Sitze, die Grundbesitzer vier, die Wirtschaftlichen, die zum
erstenmal auftraten, erhalten 6 Sitze. Die Wahlbeteiligung
war sehr stark.

Firma „Deutsche Reichsbahn“.

Berlin, 11. Februar.
Im Fünftehr-Ausschuß des Reichstages wurde der Ver-
ordnungsentwurf über die Schaffung eines Unternehmens
„Deutsche Reichsbahn“ beraten. Der Reichsminister für
Eisenbahnen führte zur Begründung aus, daß nach der Mitte
November eingeleiteten Neugestaltung der Finanzwirtschaft des
Reiches grundsätzlich die Aufgabe für die deutsche Reichsbahn
nicht mehr gelöst werden sollen. Damit werde die
deutsche Reichsbahn tatsächlich finanziell auf sich selbst gestellt,
obwohl sie rechtlich betrachtet, nach wie vor unmittelbar ein
Teil der Reichsverwaltung geblieben sei. Den tatsächlichen
Verhältnissen müsse nunmehr die Rechtslage angepaßt werden.
Die Förderung nach Wirtschaftlichkeit, Krediten und Unab-
hängigkeit von den Länderinteressen hänge jetzt auf die Er-
füllung des Artikels 92 der Reichsverfassung, wonach die
Reichseisenbahnen „als ein selbständiges wirtschaftliches Unter-
nehmen zu verwalten“ sind.

In der eingehenden Aussprache wurde von der Reichs-
regierung die Zusage abgegeben, daß die Wiedererr-
nung nur ein provisorisches Ziel sein darf, und daß spätestens bis 1. April 1924 eine endgültige Ge-
setzesvorlage dem Reichstage vorgelegt oder zur Ver-
einstimmung gebracht werde, „sofern nicht die politischen Ver-
hältnisse dies unmöglich machen sollten“.

Das Schicksal der Steuerverordnung

Wahliger Zusammentritt des Reichstages.
n. Berlin, 11. Februar.

Die dritte Steuernovellverordnung ist zu einem harten Stein
des Anstoßes zwischen dem Fünftehr-Ausschuß des Reichs-
tages und der Regierung geworden. Die Regierung glaubt
die Vorläge bis auf weiteres verteidigen zu müssen, wäh-
rend sämtliche Parteien auf erhebliche Änderungen bestehen.
Von wenig verantwortlicher Stelle wurden schon Verhandlungen
über eine bevorstehende Auflösung des Reichstages
gemacht. Derartige Schritte aber die Regierung überhaupt
nicht in Betracht zu ziehen. Tatsächlich werden die Verhand-
lungen über das Zustandekommen einer Kompromiß-
formel zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Luther,
dem Wirtschaftsminister Hamm und dem Justizminister
Cunzinger einerseits, den Parteiführern andererseits eifrig
fortgesetzt. Einigung war allerdings bis in die heutigen
Wochenenden nicht erzielt.

Demnach ist heute der Aussenminister des Reichs-
tages zusammengetreten, um über die Frage des Zusam-
mentritts der Reichsversammlung zu beraten. Die Regie-

rung hatte gewünscht, daß der Reichstag so lange von Sitzun-
gen absehe, als die beiden Sachverständigenausschüsse der Re-
parationskommission in Berlin tagten. Nachdem das Zweite
Komitee bereits vor einigen Tagen seine Arbeiten beendet hat,
wird auch das Erste Komitee Mitte dieser Woche nach Paris
zurückkehren. Im Einverständnis mit der Regierung dürfte der
Ausschuss die nähere Vollziehung des Reichstages auf
Dienstag oder Mittwoch nächster Woche ansetzen, wie es im
Augsburger heißt. Gestern wurde bekanntlich schon von einer
Eiserenung am 15. Februar gesprochen. In diesem Zuge
läuft das Ermächtigungsgesetz ab.

Graf Kanitz über die Ernährungslage und die Landwirtschaft.

Bei der „Landwirtschaftlichen Woche“ der Landwirt-
schaftskammer Ostpreußen sprach Reichsminister Graf
Kanitz über die Lage der Landwirtschaft und sagte u. a.:
Wir müssen uns darüber klar sein, daß die heutige Preis-
niedrigkeit nicht anders ist als die notwendige Entwertung, die
kommen mußte. Freilich müssen wir dankbar anerkennen, die
unvergleichbar große Erleichterung auf dem Ernäh-
rungsgebiete. Die Grundlage für die Ernährung wird
und muß immer wieder die eigene Ernte bleiben. Diese ist
heute in so großer Gefahr, wie die Agrarwirtschaft, in der wir uns
befinden, ein sehr gefährliches Ausmaß angenommen hat. Die
deutsche Agrarwirtschaft ist aber nur ein Teil der Welt-Agrar-
wirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft leidet darunter besonders
schwer. Es ist unbestritten, daß wir augenblicklich viel zu
niedrige Erzeugerpreise für Getreide und Vieh
haben. Der unerträgliche Steuerdruck zwingt die Landwirt-
schaft, ihre Erzeugnisse vor der Ernte zu veräußern. Trotz-
dem ist das Brot gegenüber den Getreide-Erzeugerpreisen
noch zu teuer. Die Reichsregierung ist noch bemüht, auf
den hohen Preis zu drücken. Wir müssen aber unbedingt eine
feste Zollgrenze haben, vor allem nach dem Westen, sonst
wird sich dieser Überstand nicht ändern lassen. Die Preis-
spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucher ist noch zu groß,
und die Kaufkraft des Publikums ist noch zu mangelhaft.
Für die Landwirtschaft kommt noch der große Steuer-
druck hinzu, der nur vorübergehend tragbar ist. Die Reichs-
regierung ist sich völlig klar darüber, daß die größte Sorge
getragen werden muß. Die Ernteernte ist noch unsere
Hoffnung; bis dahin muß die Notbremse halten. Ein Er-
lassung der Landwirtschaftlichen Subvention ist ein Schlagwort,
und die sogenannte Erlassung der Subvention ist heute nichts
weiter als die Erlassung des Betriebsbudgets. Es bleibt als
einzigster Ausweg der Ausbau des Personalrechts.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Reform des Personalrechts
Zwei
Ver-
gen-
eine
Rück-
liche-
entf-
herb-
Dr.
zur
regel-
Zwei
Pres-
schaf-
liche-
feine
Wahl-
des
Nicht-
besitz-
Per-
ver-
den
mü-
den
ach-
Wen-
ach-
unter
ihrem
jeweiligen
Personalbestande zu beschäftigen.